

Europäische Stakeholderkonferenz 20./21.11.12 anlässlich 10 Jahre Bundesinstitut für Risikobewertung BfR

„Wie unabhängig kann Wissenschaft sein“

Ort: BfR, Diedersdorfer Weg 1, 12277 Berlin-Marienfelde

Abstract zur Rede Dr. Heinz Riesenhuber MdB

„Die Unabhängigkeit der Wissenschaft - ein Trugbild?“ (aus Sicht der Politik)

(es gilt das gesprochene Wort)

Unsere Welt wird immer komplexer. Um die großen nationalen und globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vom Klimawandel über demografischen Wandel, Energieverknappung bis zur Friedenssicherung zu meistern, um Sachverhalte und künftige Entwicklungen richtig einzuschätzen, um die richtigen Entscheidungen zu treffen und die richtigen Prioritäten zu setzen, ist besonders die Politik zunehmend auf Orientierungswissen und Expertise von außen angewiesen, die nur die Wissenschaft bereitstellen kann.

Die Unabhängigkeit der Wissenschaft ist eine wichtige Voraussetzung, damit wissenschaftliche Politikberatung gelingen kann. Sie soll der Politik dabei zu helfen, Entscheidungen auf der Grundlage verlässlicher wissenschaftlicher Erkenntnisse zu treffen, die mit objektivierbaren wissenschaftlichen Methoden gewonnen werden. Das ist auf der naturwissenschaftlichen Ebene naturgemäß leichter als auf der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen oder der ethischen Ebene.

Die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland ist vielfältig und gut organisiert, von den 46 Ressortforschungseinrichtungen des Bundes über die rund 300 Beiräte und Sachverständigenräte der Bundesregierung – darunter der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage bzw. die fünf Wirtschaftswesen und der Deutsche Ethikrat –, bis zum Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag TAB, den Universitäten und staatlichen Forschungseinrichtungen, den think tanks, den Stiftungen, und den deutschen Akademien unter Leitung der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

Trotz zunehmender Verflechtung mit der Politik, trotz finanzieller Abhängigkeiten und zunehmendem Wettbewerbsdruck wird die Wissenschaft ihrem Anspruch, im Prozess der Erkenntnisgewinnung neutral und objektiv zu sein, auch heute gerecht, d.h. sie ist und bleibt vom wissenschaftlichen Grundsatz her unabhängig, auch in der Politikberatung.

Aber Wissenschaft kann auch nicht völlig autark, ohne eigenen Standpunkt und ohne Beziehungen zu anderen gesellschaftlichen Bereichen möglich und wünschenswert sein.

Damit die Wissenschaft ihre Unabhängigkeit auch im Prozess der Politikberatung behält und legitime Entscheidungsgrundlagen für die Politik liefern kann, die ihre Empfehlungen in die Praxis umsetzen soll, müssen wir die Regeln verbessern, nach denen sie abläuft. Besonders wichtig ist hier Transparenz, d.h. die konsequente Offenlegung von finanziellen und personellen Abhängigkeiten und von Interessenkonflikten sowie die öffentliche Diskussion der Beratungsergebnisse.

Wissenschaft und Politik müssen sich pragmatisch aufeinander einstellen. Das ist nicht leicht, denn beide folgen einer eigenen Logik. Die innere Unabhängigkeit der Wissenschaft wird in jedem Fall gewahrt bleiben, wenn sie sich weiter von den Prinzipien Aufklärung, Offenheit und Transparenz, von wissenschaftlich exakter und objektivierbarer Methodik und stringenter Argumentation leiten lässt.